

## **Antrag**

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmар Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Klaus Adelt SPD**

### **Für ein inklusives Bayern jetzt IV – Gute Arbeit auch für Menschen mit Behinderung**

Der Landtag wolle beschließen:

Um den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung in Bayern zu verbessern, Übergänge zu flexibilisieren und die beruflichen Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu vergrößern, wird die Staatsregierung aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen bzw. auf Landes- und Bundesebene darauf hinzuwirken:

1. Damit jede bzw. jeder je nach Lebenssituation ein möglichst passendes Arbeitsumfeld finden kann, sind die Übergänge zwischen den verschiedenen Beschäftigungssystemen („Geschützte Beschäftigung“, „Unterstützte Beschäftigung“, „allgemeine Beschäftigung“) zu flexibilisieren. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuwirken, dass der Wechsel von einer Werkstatt in den ersten Arbeitsmarkt nicht mit sozialversicherungsrechtlichen Nachteilen für die Betroffenen verbunden ist. Darüber hinaus soll das bisher als Modell geführte Projekt „Begleiteter Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt (BÜWA)“ auf Dauer gestellt werden.
2. Durch einen deutlichen Ausbau „Unterstützter Beschäftigung“ soll die berufliche Wiedereingliederung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen verbessert werden.
3. Um Arbeitsfelder für Menschen mit Behinderung zu öffnen und neue Berufsbilder zu entwickeln, startet die Staatsregierung gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, den Kammern, den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften und den Qualifizierungsanbietern eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, die bereits bestehende Integrationsprojekte stärker fördert, sowie das Entstehen neuer Projekte forciert. Dazu zählt auch die Einführung neuer Ausbildungsberufe wie „Inklusionsbegleiterin bzw. -begleiter“ bzw. „Assistentin bzw. Assistent für Menschen mit Behinderung“ insbesondere für Menschen mit einer geringfügigen Behinderung. Auch soll das „Budget für Arbeit“ stärker beworben werden.

### **Begründung:**

Arbeit ist einer der Kernfaktoren für eine gelingende Inklusion. Von den Menschen ohne Behinderung können drei Viertel ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit bestreiten, von den Menschen mit Behinderung ist es hingegen nur ein Drittel. Im März 2018 waren 21.102 schwerbehinderte Menschen in Bayern arbeitslos. Der Anteil der Arbeitslosen mit Schwerbehinderung an allen Arbeitslosen ist dabei in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, von 8,7 Prozent (2013) auf 9,2 Prozent (2017). Deutschlandweit liegt er bei 6,4 Prozent. Die Zahlen verdeutlichen, dass Menschen mit Behinderung im Freistaat nur unzureichend von der guten wirtschaftlichen Situation profitieren konnten. Es sind daher noch deutlich stärkere Anstrengungen als bislang vonnöten, um den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen für Menschen mit Behinderung in



## **Antrag**

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller, Inge Aures, Klaus Adelt SPD**

### **Für ein inklusives Bayern jetzt V – Menschen mit Behinderung besser bei der Wohnungssuche unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Um Menschen mit Behinderung besser bei der – für diese Personengruppe oftmals besonders schwierigen – Suche nach einer bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnung zu unterstützen, wirkt die Staatsregierung auf Landes- und Bundesebene darauf hin, dass

- die Beratung über Wohnmöglichkeiten und die Unterstützung bei der Wohnungsvermittlung in Bayern flächendeckend ausgebaut wird;
- Beratungs- und Vermittlungsstellen, insbesondere für die Bedürfnisse von Menschen mit einer psychischen Behinderung sensibilisiert werden;
- das gemeinschaftliche Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ intensiviert und stärker auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ausgerichtet wird;
- öffentliche Wohnungsbaugesellschaften Menschen mit Behinderung besonders berücksichtigen sowie
- bei der Vergabe von Wohnraum künftig bei Bedarf der Platz für eine Assistenz berücksichtigt wird.

### **Begründung:**

Bezahlbarer Wohnraum ist in Bayern Mangelware – nicht zuletzt aufgrund jahrelanger Versäumnisse und politischen Fehlhandelns der Staatsregierung. Auf die dringende Notwendigkeit einer Wohnbauoffensive hat die SPD-Landtagsfraktion deshalb bereits mit zahlreichen Initiativen hingewiesen. Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen stehen darüber hinaus allerdings oft noch vor zusätzlichen Herausforderungen bei der Wohnungssuche, die häufig darin begründet sind, dass die Wohnungsvermittlung ihren speziellen Bedarfen und Problemlagen, die sich beispielsweise aus der Unterschiedlichkeit ihrer physischen und psychischen Einschränkungen, aber auch ihrer individuellen Biografien und Lebenshintergründe ergeben, nicht gerecht wird.

Ein Beispiel: Von den etwa 1,1 Mio. Personen in Bayern mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50 Prozent lebten im Jahr 2016 30.347 in insgesamt 728 Einrichtungen des betreuten Wohnens. Davon waren 557 Wohnheime mit zusammen 18.375 Bewohner/innen, 63 Wohngruppen im betreuten Wohnen mit insgesamt 704 Bewohnerinnen und Bewohner und 34 Pflegeeinrichtungen mit 1.401 Bewohnerinnen und Bewohner. Knapp die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner waren Menschen mit einer geistigen Behinderung, rund ein Viertel Personen mit einer Mehrfachbehinderung, knapp ein Fünftel mit einer psychischen Behinderung, sechs Prozent chronisch Suchtkranke, drei

Prozent körperbehinderte und zwei Prozent sinnesbehinderte Menschen. Um Menschen mit Behinderung vor diesem Hintergrund besser bei der – für diese Personengruppe oftmals besonders schwierigen – Suche nach einer bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnung zu unterstützen, ist deshalb die Wohnungsvermittlung mithilfe der genannten Maßnahmen stärker auf die Bedarfe dieser Bevölkerungsgruppe auszurichten. Damit kann auch die in Art. 19 der UN-Behindertenrechtskonvention verankerte Zielsetzung besser erreicht werden. Darin heißt es: „Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht, in der Gemeinschaft zu leben und die gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen. Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt die Möglichkeit, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und sie sind nicht verpflichtet, in besonderen Wohnformen zu leben.“

Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte empfiehlt Ländern und Gemeinden u. a. sich dafür einzusetzen, dass barrierefreie und bezahlbare Wohnungen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, der soziale Wohnungsbau unter inklusiven Gesichtspunkten gefördert wird und dass gemeindenahe Unterstützungsdienste und Assistenzangebote für alle Menschen, unabhängig von der Art und Schwere der Beeinträchtigung, systematisch auf- und ausgebaut werden.



## **Antrag**

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller SPD**

### **Für ein inklusives Bayern jetzt VI – Ausbau inklusiver Horte in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, beim angekündigten Ausbau der Hortplätze in Bayern auch einen Schwerpunkt auf die bedarfsgerechte Schaffung inklusiver Hortangebote zu legen, um für Grundschulkinder mit (drohender) Behinderung eine verlässliche Betreuung mit hohem pädagogischen Qualitätsanspruch zu gewährleisten.

#### **Begründung:**

Aufgrund des Mangels an verlässlichen, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen für Grundschulkinder in Bayern stellt der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule viele Familien vor große Probleme. So gibt es in Bayern derzeit nur für 88.754 der 432.189 Grundschüler einen Ganztagsbetreuungsplatz, der diese Kriterien erfüllt. In diesem Zusammenhang kommt dem Hort eine herausragende Bedeutung zu. Noch schwieriger gestaltet sich die Situation indes für Kinder mit (drohender) Behinderung. Nur 119 der 884 Horte arbeiten derzeit inklusiv. Wenn nun – wie jüngst von der Staatsregierung angekündigt – die Anzahl der Hortplätze in Bayern erhöht werden soll, ist deshalb umso mehr der Blick auf die Schaffung und Weiterentwicklung inklusiver Hortangebote zu richten. Übergeordnetes Ziel muss es sein, allen Kindern faire und gleichberechtigte Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zu geben, wie es u. a. auch die UN-Behindertenrechtskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention vorsehen.



## **Antrag**

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Klaus Adelt SPD**

### **Für ein inklusives Bayern jetzt VII – Menschen mit Behinderung vor Gewalt schützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (PfleWoqG) vorzulegen, um Menschen mit Behinderung besser vor Gewalt zu schützen.

Dieser Gesetzentwurf soll mindestens folgende Punkte berücksichtigen:

1. Festschreibung von Teilhabe und Schutz vor Gewalt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention als Gesetzesziele;
2. Aufführen konkreter Vorkehrungen zur Gewaltprävention;
3. Festschreiben einer Meldepflicht bei besonderen Vorkommnissen;
4. Einsatz von Frauenbeauftragten.

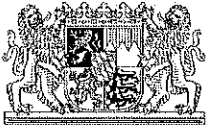
Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, ein Programm aufzulegen, mit dem die heimrechtlichen Aufsichtsbehörden flächendeckend besser für Gewaltschutz in stationären Behinderteneinrichtungen qualifiziert werden.

### **Begründung:**

Deutschland hat im Oktober 2017 die Istanbul-Konvention, das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, ratifiziert. Damit verpflichten sich Deutschland und die Bundesländer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Frauen zu schützen und ihnen Hilfe und Unterstützung zu bieten.

Im Vergleich zu Menschen ohne Behinderung besteht bei Männern und Frauen mit Behinderung ein erhöhtes Risiko, Opfer von Gewalt zu werden. Ganz besonders stark betroffen sind Frauen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben. Mehr als jede fünfte bis dritte Frau mit Behinderung erlebt erzwungene sexuelle Handlungen im Erwachsenenleben (weiblicher Bevölkerungsdurchschnitt bis 65 Jahre: 13 Prozent). Frauen, die in Einrichtungen leben, sind mit 38 Prozent die am stärksten betroffene Gruppe. Nimmt man alle Frauen zusammen, die in Kindheit, Jugend oder Erwachsenenalter sexuelle Gewalt erlebt haben, so ist mehr als jede dritte bis zweite Frau betroffen – im Vergleich zu etwa jeder fünften Frau im Bevölkerungsdurchschnitt. Auch von psychischer Gewalt sind Frauen mit Behinderung im Erwachsenenalter sehr viel häufiger betroffen: 90 Prozent der Frauen mit Behinderung in Einrichtungen berichten über ein derartiges Erlebnis, im Vergleich zu 45 Prozent der gesamten weiblichen Bevölkerung. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache und machen deutlich, dass Menschen und ganz besonders Frauen mit Behinderung speziellen Schutz vor sämtlichen Formen der Gewalt benötigen.

Im Bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetz ist der Gewaltschutz bislang viel zu wenig berücksichtigt. Darüber hinaus muss die Umsetzung der Qualitätsanforderungen zur Gewaltprävention selbstverständlich verlässlichen Kontrollen von außen unterliegen. Dafür müssen die heimrechtlichen Aufsichtsbehörden flächendeckend besser für Gewaltschutz qualifiziert werden. Studien belegen, dass die Mehrzahl der Aufsichtsbehörden dieser Aufgabe bislang nicht angemessen gewachsen ist.



## **Antrag**

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Klaus Adelt und Fraktion (SPD)**

### **Für ein inklusives Bayern jetzt VIII – Der Aktionsplan Inklusion muss wirksam werden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den „Aktionsplan Inklusion“ zeitnah zu überarbeiten und dabei die folgenden Aspekte und Grundsätze zu berücksichtigen:

1. Starker und eindeutiger Bezug der Ziele und Maßnahmen des Aktionsplans Inklusion zu den Artikeln der UN-Behindertenrechtskonvention;
2. Ableitung konkreter Handlungsbedarfe und Forderungen unter Nennung klarer Ziele, Zwischenziele, Verantwortlichkeiten, Haushaltsmittel, Zeithorizonte und Indikatoren zur Zielerreichung;
3. Spezifische Maßnahmen für besonders vulnerable Menschengruppen, wie Frauen, Kinder oder Menschen in geschlossenen Einrichtungen;
4. Berücksichtigung von Menschen mit seelischen und psychischen Beeinträchtigungen in sämtlichen Punkten des Aktionsplans;
5. Berücksichtigung der Vielfalt sexueller Orientierungen im „Aktionsplan Inklusion“;
6. Systematischer Einbezug aller Gruppen von Menschen mit Behinderung nach dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“.

### **Begründung:**

Inklusion ist ein Grundrecht, zu dessen Gewährleistung sich Deutschland mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet hat. Menschen mit Behinderung müssen selbstverständlich an allen Bereichen der Gesellschaft und des Alltagslebens teilhaben können. Damit dies umfassend erreicht werden kann, bedarf es eines umfangreichen Katalogs mit effektiven Maßnahmen, wie der „Aktionsplan Inklusion“ der Staatsregierung einer sein könnte. Der „Aktionsplan Inklusion“ ist in seiner Intention und seinen Möglichkeiten ein nützliches Instrument – in seiner Ausgestaltung hat er derzeit noch große Mängel, die dringend behoben werden müssen. Die seit Mai 2019 vorliegende Arbeitsfassung für eine Fortschreibung des Aktionsplans verstärkt die bisherigen Mängel tendenziell eher noch.

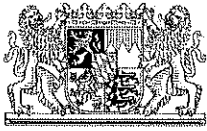
Der Aktionsplan muss sich in Zielen und Maßnahmen stärker auf die Artikel der UN-BRK beziehen. Es muss deutlich werden, mit welchen Artikeln sich der Aktionsplan befasst, weshalb diese aufgegriffen und andere weggelassen wurden. Die Bestandsaufnahme darf nicht primär aus Beschreibungen des Erreichten und Tätigkeitsberichten über bereits umgesetzte Aktivitäten bestehen, sondern muss auch deutlich und realistisch die derzeitige Situation und die einzelnen Lebenslagen abbilden. Aus der Bestandsaufnahme müssen dann im nächsten Schritt konkrete Handlungsbedarfe und Forderungen abgeleitet, sowie Verantwortlichkeiten und Zeitvorgaben genannt werden.

Es müssen Ziele mit einzelnen Maßnahmen benannt werden, ebenso wie Teil- und Zwischenziele zur Feststellung von Umsetzungsfortschritten festgelegt und Indikatoren zur Feststellung der Zielerreichung definiert werden müssen. Bei allem sind Zeitbezug, aufzuwendendes Budget und Verantwortlichkeiten klar und deutlich zu beschreiben.

Die im aktuellen Aktionsplan untergeordnete Rolle vulnerabler Zielgruppen, wie die von Frauen, Kindern oder Menschen in geschlossenen Einrichtungen ist nicht akzeptabel. Damit die speziellen Bedürfnisse dieser Menschengruppen nicht untergehen, müssen spezifisch an sie adressierte Maßnahmen formuliert werden. Außerdem müssen in sämtlichen Punkten des Aktionsplans Menschen mit seelischen und psychischen Beeinträchtigungen berücksichtigt werden. Psychische Behinderungen sind oft weniger sichtbar und dadurch wenig greifbar und bedürfen daher einer erhöhten Sensibilität. Die Vielfalt sexueller Identitäten muss im Aktionsplan aufgegriffen und den daraus resultierenden Bedürfnissen besonders Rechnung getragen werden.

Bei der Überarbeitung und Neufassung des Aktionsplans muss gewährleistet sein, dass alle Gruppen von Menschen mit Behinderung einbezogen und der Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ auch tatsächlich umgesetzt wird. Die Staatsregierung kann sich bei der Überarbeitung des Aktionsplans zum Beispiel auf die entsprechenden Vorbilder der Landeshauptstadt München oder von Rheinland-Pfalz stützen. In beiden Fällen wurden Menschen mit Behinderung intensiv und in allen Phasen an der Erarbeitung beteiligt. Außerdem wurden konkrete und überprüfbare Maßnahmen formuliert und mit Verantwortlichkeiten und Zeitvorgaben hinterlegt. Dadurch konnte und kann die Zielerreichung auch konkret überprüft werden.





## **Änderungsantrag**

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer SPD**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Teilhabegesetz II  
hier: Einheitliche Bedarfsermittlung ermöglichen  
(Drs. 18/3646)**

Der Landtag wolle beschließen:

In § 1 wird die Nr. 7 wie folgt gefasst:

„7. Dem Teil 7a werden die folgenden Art. 66d bis 66h angefügt:

### **„Art. 66d**

#### **Träger der Eingliederungshilfe**

(1) <sup>1</sup>Träger der Eingliederungshilfe sind die Bezirke. <sup>2</sup>Art. 80 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

(2) Art. 14 gilt hinsichtlich der Tätigkeit der Träger der Eingliederungshilfe entsprechend, soweit Normen des Eingliederungshilferechts betroffen sind.

### **Art. 66e**

#### **Bedarfsermittlung durch die Bezirke**

(1) <sup>1</sup>Die Bezirke richten eine gemeinsame Kommission zur Bedarfsermittlung ein. <sup>2</sup>Aufgabe der Kommission ist die landesweit einheitliche Durchführung der Bedarfsermittlung.

(2) <sup>1</sup>Die Bezirke entsenden jeweils ein Mitglied und die Interessenvertretung nach Art. 66c sieben Mitglieder in die Kommission. <sup>2</sup>Den Vorsitz führt eine unabhängige Person, die vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales benannt wird. <sup>3</sup>Die Kommission kann Arbeitsgruppen einrichten.

### **Art. 66f**

#### **Heranziehung von Landkreisen und kreisfreien Städten**

<sup>1</sup>Die Träger der Eingliederungshilfe können durch Rechtsverordnung die Landkreise und die kreisfreien Städte hinsichtlich der Erbringung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach Teil 2 Kapitel 3 SGB IX zur Durchführung und Entscheidung heranziehen. <sup>2</sup>Ausgenommen sind Leistungen in Fachkrankenhäusern für Menschen mit Behinderung und in psychiatrischen Fachkrankenhäusern, Fachabteilungen oder Spezialeinrichtungen. <sup>3</sup>Wird im Fall des Satz 1 eine Leistung an einem Ort zur medizinischen Rehabilitation im Sinn des § 71 Abs. 4 Nr. 1 SGB XI erbracht, umfasst die sachliche Zuständigkeit auch die Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, die gleichzeitig zu erbringen sind, sowie eine Leistung nach § 74 SGB XII. <sup>4</sup>Art. 83 Abs. 3 Satz 3, 4, Abs. 4 und Art. 86 Abs. 2 gelten entsprechend.

## Art. 66g

## Einrichtungen und Dienste

<sup>1</sup>Die Verpflichtungen nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 SGB I und den §§ 95, 124 Abs. 1 SGB IX obliegen den Bezirken als Trägern der Eingliederungshilfe. <sup>2</sup>Art. 48 Abs. 3 der Bezirksordnung gilt ergänzend. <sup>3</sup>Art. 85 Abs. 2 gilt entsprechend.

## Art. 66h

## Anwendung von Vorschriften über die Sozialhilfe

(1) Art. 84 Abs. 1 und 3 gelten bezüglich der Erfüllung der Aufgaben der Eingliederungshilfe entsprechend.

(2) Art. 86 Abs. 1, Art. 87 Abs. 1 bis 3 gelten bezüglich der Kostentragung und der Beteiligung des Freistaates Bayern entsprechend.“

**Begründung:**

Die Artikel 66d und 66f bis 66h entsprechen dem Gesetzentwurf der Staatsregierung. Mit Art. 66e wird die Bedarfsermittlung für die Eingliederungshilfe in den Bezirken vereinheitlicht. Im Rahmen der Bedarfsermittlung kann erheblich Einfluss auf die zukünftige Leistungsgewährung genommen werden kann.

Derzeit halten die Bezirke zum Teil unterschiedliche Standards in der Eingliederungshilfe vor:

1. Die Ambulantisierungsquote als Verhältnis ambulanter zu stationärer Wohnplätze liegt in Bayern unter dem Bundesdurchschnitt und unterscheidet sich auch deutlich zwischen den Bezirken. Bundesweit lag sie im Jahr 2017 bei rund 49 Prozent, in Oberfranken, Unterfranken, Schwaben und Oberbayern unter 40 Prozent, in Niederbayern bei knapp 33 Prozent und in der Oberpfalz sogar unter 30 Prozent. In Berlin hingegen lag sie bei knapp über 70 Prozent.
2. Einige, aber eben nicht alle Bezirke stellen den Vermittlungsstellen für Gebärdensprachdolmetscher ein Budget von ca. 10.000,- Euro im Jahr zur Verfügung. Dieses Budget kann für Dolmetscherkosten aufgewendet werden, für die kein anderer Kostenträger vorhanden ist, die also ansonsten von den gehörlosen Menschen selber getragen werden müssen. Verwendet werden die Mittel etwa für Notar- oder Rechtsanwaltstermine.
3. Der Anteil an Leistungsempfängerinnen und -empfängern mit einem Persönlichen Budget lag in Oberbayern im Jahr 2011 bei 1,03 Prozent, in Mittelfranken hingegen bei 4,83 Prozent und in der Oberpfalz bei marginalen 0,02 Prozent.

Durch eine gemeinsame Kommission ist sichergestellt, dass die Bedarfsermittlung von wirtschaftlichen Interessen unabhängig durchgeführt wird. Auch für spezielle Behinderungsformen mit kleinen Prävalenzen können spezifische Fachkompetenzen vorgehalten und Synergieeffekte genutzt werden. Zentral ist die Beteiligung der maßgeblichen Interessensvertretung der betroffenen Menschen mit Behinderungen als Beitrag zu mehr Steuerung und Mitbestimmung.



## **Änderungsantrag**

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr SPD**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Teilhabegesetz II  
hier: Prüfung von Qualität und Wirtschaftlichkeit  
(Drs. 18/3646)**

Der Landtag wolle beschließen:

In § 1 Nr. 20 wird Art. 92 wie folgt gefasst:

„Art. 92

Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen

Abweichend von § 78 Abs. 1 Satz 1 SGB XII kann eine Prüfung der Qualität einschließlich der Wirksamkeit sowie eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit der vereinbarten Leistungen auch ohne tatsächliche Anhaltspunkte für eine Verletzung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten durchgeführt werden.“

### **Begründung:**

Gemäß dem durch das Bundesteilhabegesetz ab 2020 neu in Kraft tretenden § 78 Abs.1 Satz 1 SGB XII prüfen die Sozialhilfeträger oder von diesen beauftragte Dritte, soweit „tatsächliche Anhaltspunkte“ dafür bestehen, dass ein Leistungserbringer seine vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten nicht erfüllt, die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistung des Leistungserbringers. Von dem Erfordernis, dass tatsächliche Anhaltspunkte für eine Prüfung vorliegen müssen, kann durch Landesrecht abgewichen werden. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung macht von dieser bundesrechtlichen Öffnungsklausel teilweise Gebrauch: Den Trägern der Sozialhilfe wird durch Landesrecht gestattet, auch ohne Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für eine gesetzliche oder vertragliche Pflichtverletzung durch den Leistungserbringer die Qualität und die Wirksamkeit der Leistung zu prüfen und die dazu notwendigen und geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Diese Erweiterung der Prüfmöglichkeiten der Träger der Sozialhilfe umfasst jedoch nicht die anlasslose Prüfung der Wirtschaftlichkeit.

Der Ausschluss von anlasslosen Prüfungen der Wirtschaftlichkeit wird im Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht begründet und ist inhaltlich nicht nachvollziehbar. Auch Leistungen für Menschen mit Behinderung unterliegen Marktmechanismen, die Anlass zu einer Maximierung von Gewinnen sein können. Menschen mit Behinderungen müssen sich im Zuge der Beantragung von Leistungen umfassende Prüfungen ihrer Vermögensverhältnisse gefallen lassen. Es ist daher nicht nachvollziehbar, weshalb den Leistungserbringern in diesem Bereich kritikloses und uneingeschränktes Vertrauen entgegengebracht werden soll.

Bayern zu verbessern. Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte empfiehlt Bund und Ländern, die Anstrengungen in Richtung eines inklusiven Arbeitsmarkts zu verstärken und Sonderstrukturen wie Werkstätten für Menschen mit Behinderung in vollständig inklusive Strukturen zu überführen. Deshalb soll die Staatsregierung insbesondere auf folgenden Feldern tätig werden:

Erstens erleichtert und flexibilisiert sie die Übergänge zwischen den verschiedenen Beschäftigungssystemen, also zwischen „Geschützter Beschäftigung“, „Unterstützter Beschäftigung“ und „allgemeiner Beschäftigung“. Menschen und Lebenssituationen verändern und entwickeln sich, und genau darauf muss ein inklusiver Arbeitsmarkt vorbereitet und ausgelegt sein.

In diesem Zusammenhang erscheint zweitens – speziell für Menschen mit seelischen Behinderungen – ein deutlicher Ausbau des Beschäftigungsansatzes „Unterstützter Beschäftigung“ („Supported Employment“) zielführend. Dies ist ein Ansatz, der spezifisch auf die Problemlagen dieser Gruppe ausgerichtet ist. Ziel der „Unterstützten Beschäftigung“ ist es, Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eine angemessene, geeignete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung jenseits der Werkstätten zu ermöglichen und vor allem auch zu erhalten.

Und drittens ist – in Kooperation mit weiteren hier relevanten Akteuren – eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive zu starten, die das Ziel hat, Arbeitsfelder für Menschen mit Behinderung zu öffnen und neue Berufsbilder zu entwickeln. Dies ist nicht nur ein wichtiger Ansatzpunkt zur Verringerung der Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung, sondern vergrößert auch das Spektrum beruflicher Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

### **zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Teilhabegesetz II; hier: Übernahme und Evaluation der Kosten sowie einheitliche Bedarfsermittlung**

Der Landtag wolle beschließen:

In § 1 wird die Nr. 7 wie folgt gefasst:

„7. Dem Teil 7a werden die folgenden Art.66d bis 66i angefügt:

„Art. 66d Träger der Eingliederungshilfe

(1) <sup>1</sup> Träger der Eingliederungshilfe sind die Bezirke. <sup>2</sup> Art. 80 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

(2) Art. 14 gilt hinsichtlich der Tätigkeit der Träger der Eingliederungshilfe entsprechend, soweit Normen des Eingliederungshilferechts betroffen sind.

Art. 66e Bedarfsermittlung durch die Bezirke

(1) <sup>1</sup> Die Bezirke richten eine gemeinsame Kommission zur Bedarfsermittlung ein. <sup>2</sup> Aufgabe der Kommission ist die landesweit einheitliche Durchführung der Bedarfsermittlung.

(2) <sup>1</sup> Die Bezirke entsenden jeweils ein Mitglied und die Interessenvertretung nach Art. 66c sieben Mitglieder in die Kommission. <sup>2</sup> Den Vorsitz führt eine unabhängige Person, die vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales benannt wird. <sup>3</sup> Die Kommission kann Arbeitsgruppeneinrichten.

Art. 66f Tragung und Evaluation von Kosten

<sup>1</sup> Der Freistaat erstattet den Bezirken die Mehrkosten aus der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234). <sup>2</sup> Das zuständige Staatsministerium evaluiert bis zum 31. Dezember 2024 die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sowohl im Hinblick auf Ausgaben und Einnahmen als auch auf den Personaleinsatz.

der betroffenen Menschen mit Behinderungen als Beitrag zu mehr Steuerung und Mitbestimmung.

**Art. 66f** regelt Tragung und Evaluation der Mehrkosten, die den Bezirken durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes entstehen. Durch die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgerecht ist eine neue Aufgabe entstanden, die mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen für die Leistungsträger verbunden ist. Die Konnexität der Übertragung der Aufgaben der Eingliederungshilfe nach dem BTHG wurde trotz zum Teil unveränderter Zuständigkeit in anderen Bundesländern jedenfalls dem Grunde nach auch bereits anerkannt. In den Bundesländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sehen die Landesgesetze zur Umsetzung des BTHG zumindest eine Evaluation der Kostenfolgen vor. Auch der Bundesrat geht in seiner Stellungnahme vom 23.09.2016 zum Gesetzentwurf des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), Drucksache 428/16 davon aus, dass die Umsetzung des BTHG Mehrkosten verursacht und konnexitätsrelevant sein kann. Zu den Mehrausgaben für die Leistungen der Eingliederungshilfe kommt ein erheblicher Personalmehraufwand hinzu. Für die Umsetzung des BTHG und des BayTHG haben die bayerischen Bezirke in ihren Stellenplänen 2017 bis 2019 mehr als 193 neue Stellen geschaffen mit jährlichen Mehrkosten von 13,3 bis 15,5 Mio. Euro. Im Vorblatt zum Gesetzentwurf wird ausgeführt, dass die kommunalen Spitzenverbände und die Staatsregierung die Umsetzung des BTHG und deren finanzielle Auswirkungen evaluieren werden. Insbesondere werde evaluiert, inwieweit sich ein Anstieg der Kosten ergibt, der signifikant über die bereits in der Vergangenheit, unabhängig vom BTHG, festzustellenden Kostensteigerungen hinausgeht. Dabei sollen sowohl die jeweiligen Ausgaben und Einnahmen als auch die Entwicklung des Personaleinsatzes in den Blick genommen werden. Diese Absichtserklärung der Staatsregierung ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist es erforderlich, eine Regelung dazu im Gesetz selbst zu treffen. Diese darf sich nicht nur darauf beschränken, dass das zuständige Staatsministerium die Kostenfolgen evaluiert, sondern muss auch die Verpflichtung des Freistaates umfassen, den Bezirken entstehende Mehrkosten zu erstatten.